

22.05.2016

Koalition Langenselbold

Überrascht wurden die Langenselbolder Freien Wähler (FW) von der Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU und der SPD nicht, sie waren frühzeitig informiert. Trotzdem verfolgten sie die Annäherung der beiden großen Parteien mit einer Art ungläubigen Staunens. „Wie wollten nicht glauben,“ kommentiert die FW-Fraktionsvorsitzende Christiane Kapp, „dass eine Partei wie die SPD, die sich im Wahlkampf als klare Alternative zur CDU dargestellt hatte und sich fünf Jahre lang als Führungspartei eines Neuanfangs sah, nach der Wahl alle ihre Aussagen vergessen und sich als Juniorpartner mit der CDU ins gemachte Bett legen würde. Für mich hat die SPD ein Glaubwürdigkeitsproblem erster Güte. Die Wähler in Langenselbold haben Vieles erwartet, nur keine große Koalition.“

Über die Motive für die Entscheidung der SPD können die Freien Wähler nur spekulieren. Sicher sei, dass die als Monstranz vorausgetragene Begründung der neuen Koalitionäre, dies eröffne die einzig stabile Möglichkeit, Langenselbold in Zukunft zu regieren, so nicht stimme. Christiane Kapp: „Einer möglichen Koalition aus SPD, FDP und Freien Wählern mit insgesamt 20 Abgeordneten hätten nur 15 Abgeordnete der CDU gegenübergestanden. Rechnet man die zwei Abgeordneten der Grünen zur CDU hinzu, wären es immer noch erst 17 gewiesen. Eine Mehrheit von drei Stimmen darf als komfortabel bezeichnet werden. Nein, es war nicht die fehlende stabile Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Es war die Angst der SPD vor der eigenen Courage.“

Die Freien Wähler gehen allerdings davon aus, dass das Zaudern der SPD auch maßgeblich durch das Angebot der Stelle des Ersten Stadtrates hervorgerufen wurde und dass dieses Angebot letztlich den Schwenk in Richtung CDU auslöste. „Für die CDU,“ so kommentiert der FW-Vorsitzende Oliver Schmidt, „ist diese Stelle offenbar ein erprobtes Mittel trotz massiver Verluste in Wahlen an der Macht zu bleiben. Bereits nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der letzten Kommunalwahl wurde damit die damalige GAL geködert. Das Ergebnis war der derzeitige Erste Stadtrat Schreiner, der nun abgewählte werden soll, damit die SPD ihren Hauptamtlichen bekommt.“

Die erreichten inhaltlichen Gemeinsamkeiten in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD beurteilen die Freien Wähler zurückhaltend. Die CDU habe bei den Inhalten in wesentlichen Punkten zurückgesteckt. Das sei positiv, wie überhaupt die Langenselbolder Parteien sich in den Koalitionsgesprächen nähergekommen seien, als sie dies vor der Wahl waren. Christiane Kapp: „Die Abschaffung der Position des Klimamanagers und der vorläufige Verzicht auf eine Gesamtverpachtung des Kinzigsees stellen unzweifelhafte Fortschritte dar; im sozialen Bereich, insbesondere bei der Hortbetreuung und der Jugend- und Vereinsarbeit, bleiben dagegen viele Wünsche offen. Die Neubesetzung der Stelle des Ersten Stadtrates ist dagegen ein absoluter Rückschritt, den der Steuerzahler teuer wird bezahlen müssen. Zumal mir aus der Zeit vor Wahl auch andere Stimmen aus der SPD in Erinnerung sind.“

Insgesamt werde die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung sicherlich nicht leichter. Auch deshalb, weil in der Koalitionsvereinbarung offenbar eine der wichtigsten Fragen für das kommende Jahr, nämlich die Frage des notwendigen Haushaltsausgleiches, ausgeklammert worden sei. Mit ihrer Koalitionsvereinbarung hätten CDU und SPD gegen eine der ungeschriebenen Gepflogenheiten der parlamentarischen Demokratie verstoßen,

dass nämlich eine große Koalition nur in einer Notsituation eingegangen wird bzw. wenn es keine andere Möglichkeit gibt. Ein Parlament braucht nach Meinung der Freien Wähler eine starke Opposition, die die Verantwortlichen kontrolliert. In Langenselbold stünden nun lediglich acht Oppositionsabgeordnete den 29 Abgeordneten aus CDU und SPD gegenüber. Die Freien Wähler seien mit vier Abgeordneten die stärkste Oppositionsfraktion. Der FW-Abgeordnete Mike Mutterlose wird hier ganz deutlich: „Es darf in Langenselbold nicht dahin kommen, dass die Stadtverordnetenversammlung nur noch die Bühnenvorstellung eines hinter den Kulissen ausgehandelten Vorganges ist. Dem Plenum müssen die Diskussion und der politische Entscheid vorbehalten bleiben. Wir werden dafür sorgen, dass dies so bleibt.“